

- Routhier, P., Where are the Metals for the Future? The Metal Provinces — An Essay on Global Metallogeny, Editions du Bureau de Recherches Géologiques et Minières, Orleans 1983.
- Schneider, K. G., B. Wiese, Südafrika. Fakten und Probleme, Seewald-Verlag, Stuttgart 1983.
- Senghaas, D., U. Menzel (Ed.), Multinationale Konzerne und Dritte Welt, Opladen, Westdeutscher Verlag 1976.
- Sewell, J. W. et al., The United States and World Development, Praeger Publishers for the Overseas Development Council, New York 1980.
- Smith, V. K. (Ed.), Scarcity and Growth Reconsidered, John Hopkins University Press, Baltimore and London 1979.
- Szuprowicz, B. O., How to Avoid Strategic Minerals Shortages, John Wiley & Sons, New York 1981.
- Van Rensburg, W., D. A. Pretorius, South Africa's Strategic Minerals — Pieces on a Continental Chessboard, Valiant Publishers, Johannesburg 1977.
- Winkler, H., Welt-Ressourcen. Dramatik in 21 Kapiteln, Urania Verlag, Leipzig / Jena / Berlin 1983.
- Wolfe, J. A., Mineral Resources: A World Review, Dowden & Culver, New York / London 1984.

Matthias Weimayr, A-2344 Maria Enzersdorf, Hauptstraße 17a/2/8

Journal für Entwicklungspolitik 4, 1987, S. 79 — 82

John-ren Chen und Markus Wiedemann

PRIVATKAPITALISMUS ODER STAATSKAPITALISMUS?

Stellungnahme zu Mick Moore: „Miracles and Mysteries in the Economic Take-off of Taiwan and South Korea“, JEP 2/1987

In diesem Artikel wird das Wirtschaftssystem Taiwans und Südkoreas als „Staatskapitalismus“ bezeichnet, wobei der Autor darunter ein von der Regierung mittels aktiver Entwicklungspolitik geleitetes, kapitalistisches Wirtschaftssystem versteht. Dieses System wird für die „Wunder“ in der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder verantwortlich gemacht.

Offenbar besteht dieser „Staatskapitalismus“ auch in anderen Ländern, jedoch nicht mit demselben wirtschaftlichen Erfolg, sodaß der Autor versucht, die spezifischen Gründe des Erfolges in Taiwan und Südkorea zu eruieren. Den Hauptgrund dafür sieht Moore in den „starken“ Regierungen der beiden Länder, wobei er diese These nicht empirisch belegt.

In dieser Arbeit möchten wir uns auf den Fall Taiwans beschränken. Lassen Sie uns bitte zuerst auf den Charakter der „wegweisenden“ Regierung Taiwans eingehen, wobei wir diese eher als diktatorisches Fremdregime bezeichnen möchten. Unserer Meinung nach besteht das Interesse der Vertreter dieser Regierung darin, möglichst lange an der Macht zu bleiben, um sich mittels dieser zu bereichern. Dies stimmt mit der bekannten mikroökonomischen Hypothese über das Verhalten der Wirtschaftssubjekte überein. Allerdings ist diese Macht nicht durch Wahlen legitimiert — wie das in Demokratien üblich ist —, sondern das Regime erhält sich seine Macht durch die erfolgreiche Unterdrückung der taiwanesischen Bevölkerung. Daher stellen wir nun zwei grundsätzliche Fragen an Moore:

Erstens: Aus welchen Motiven setzen sich die Vertreter und die Bürokraten dieses Regimes für die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung Taiwans ein?

Zweitens: Aus welchem Grund sollten die Vertreter und die Bürokraten des Regimes den privaten taiwanesischen Unternehmern bei der Beurteilung der Vorteilhaftigkeit von Investitions- und Innovationsprojekten für die ökonomische Entwicklung Taiwans überlegen sein? Woraus ergibt sich die Überlegenheit des Regimes und seiner Vertreter bei der Durchführung dieser Projekte?

Die erste Frage stellt sich insbesondere deshalb, weil die Beamten Chinas traditionell dadurch motiviert sind, sich mit Hilfe ihres Amtes optimal zu bereichern. Der Glückwunschspruch für diese lautet „Schin-kuan-Hua-Tsai“ — das bedeutet sinngemäß „Aufsteigen und großes Geld machen“. Es ist noch nicht einmal ein Jahrhundert her, daß der Staat in der Chin-Dynastie Beamtenstellen kommerziell versteigerte. Dies erklärt auch historisch die Motivation der persönlichen Bereicherung des KMT-Regimes in Taiwan und seiner Vertreter, zumal auch das Risiko einer Amtsenthebung mangels einer demokratischen Wahl der Regierung sehr gering ist. Im Gegensatz dazu ist der von Moore formulierte Staatskapitalismus mit

keiner persönlichen Motivation der Handlungsträger zu erklären. Hier ist auf einen Parallellfall in der britischen Wirtschaftsgeschichte hinzuweisen: „Praktisch jedoch beherrschte infolge der Anleihen bedürftiger Regierungen und der Korruption eines Unterhauses, dessen Mitglieder mehr an den Vorteilen ihres Amtes als an politischen Grundsätzen interessiert waren, das Geld bzw. jeder, der es besaß, das Land.“ (Lilley 1976, S. 137)

Außerdem fehlt diesen Personen unserer Meinung nach die Voraussetzung dafür, die wirtschaftliche Entwicklung auf den richtigen Weg zu lenken. Diese Voraussetzung besitzen die privaten Unternehmungen Taiwans, da sie über modernste Kommunikationsmittel verfügen und dadurch stets bestens über die in- und ausländische Marktentwicklung informiert sind. Da die privaten Unternehmen Taiwans fast gänzlich in Familienbesitz sind, verfolgen sie ein klares Ziel – das der Gewinnmaximierung. Sie verfügen dabei über eine hohe Flexibilität bei ihren Entscheidungen und Handlungen. Aus all diesen Gründen können die privaten taiwanesischen Unternehmen die guten Investitionschancen nützen, und sie sind daher für die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung ihres Landes verantwortlich zu machen. Es ist aus diesen Gründen nicht einzusehen, warum die Vertreter der Bürokraten des Regimes trotz unklarer Motivation und schlechter Information für die positive ökonomische Entwicklung verantwortlich gewesen sein sollen. Dagegen ist die von uns vertretene Erklärung für die bisher erfolgreiche ökonomische Entwicklung einsichtig. Die privaten Unternehmungen setzen ihre Entscheidungen aufgrund der Korruption der Bürokratie Taiwans stets durch und sind daher in der Lage, die ökonomische Entwicklung des Landes stetig voranzutreiben. Wir möchten an dieser Stelle auf den bekannten Spruch verweisen, daß man ein Pferd zwar zur Tränke führen kann, aber nicht zwingen zu trinken.

Das Argument, die selektive Investitions- und Innovationsförderung der Regierung habe hauptsächlich den Entwicklungserfolg Taiwans verursacht, hat auch die Empirie nicht auf seiner Seite, da die bisher erfolgreichen Industriebranchen – wie die Schirmindustrie, die Kunststoff- und die Sportschuhindustrie etc., die eine dominierende Stellung auf dem Weltmarkt erobern konnten – nicht zu den vom Staat geförderten Projekten gehören. Dagegen hat die staatlich stark geförderte „Technologieindustrie“ noch wenig Wirkung auf die ökonomische Entwicklung Taiwans gezeigt. Es ist müßig, Spekulationen darüber anzustellen, wie sich diese Förderungspolitik auf die zukünftige Entwicklung Taiwans auswirken wird.

Aus diesen Ausführungen sollte ersichtlich werden, daß nicht dem „Staatskapitalismus“, sondern dem Privatkapitalismus die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung zuzuschreiben ist.

Nach der Behandlung dieser beiden grundsätzlichen Fragen möchten wir einige Feststellungen bezüglich der tatsächlichen Verhältnisse in Taiwan treffen.

Erstens: Die Korruption behindert die wirtschaftliche Entwicklung. Sie ermöglicht zwar den privaten Unternehmen ihre Tätigkeiten ungeachtet der zahlreichen gesetzlichen Behinderungen zu entfalten, bedeutet jedoch gleichzeitig eine zusätzliche Kostenbelastung für sie. Aus diesen Gründen ist die Korruption nur eine „second-best“ Lösung unter der Bedingung zahlreicher gesetzlicher Behinderungen für die privaten Unternehmen. Die „first-best“ Lösung wäre klarerweise eine Be-

freiung der taiwanesischen Unternehmen von den unnötigen gesetzlichen Behinderungen und damit von der Notwendigkeit, Bestechungsgelder zahlen zu müssen.

Zweitens: Die sogenannte starke Position der Regierung ist nur auf der Ebene der Verwaltung und der politischen Repression zu finden, wohingegen sie auf der wirtschaftlichen Ebene schwach bzw. unglaubwürdig ist.

Drittens: Die große Pleite der verstaatlichten Industrie verhindert eine noch positivere wirtschaftliche Entwicklung.

Nicht zuletzt gehen wir noch auf die „Dominanzeigenschaften des Staatskapitalismus“ im Artikel von Moore ein:

1. „Targets for structural economic change and innovation have been derived from the experience of more advanced countries.“ (Moore 1987, S. 6).

Die Tatsache, daß die ökonomische Entwicklung Taiwans eine Imitation jener der Industrieländer – insbesondere jener Japans – darstellt, ist eher auf die Initiative der privaten Unternehmungen zurückzuführen. Diese führen viele gemeinsame Projekte mit japanischen Unternehmen durch, da zwischen den Japanern und den Taiwanern traditionell gute Kontakte – noch aus der Kolonialzeit herrührend – bestehen, wobei ein großer Teil der Taiwaner die japanische Sprache beherrscht. Da Japan eine exportorientierte Wirtschaft und damit ständig auf der Suche nach neuen Märkten ist, und gleichzeitig die taiwanesischen Unternehmen nach neuen Investitionsmöglichkeiten suchen, ist es nicht verwunderlich, daß einige Jahre nach der Entstehung einer neuen Industrie in Japan diese auch in Taiwan aufgebaut wird, wobei eben jene spezifische Außenhandelsverflechtung entsteht, bei der die japanische Industrie Zwischenprodukte an Taiwan liefert, die dort zu Endprodukten für den Export weiterverarbeitet werden. Diese Entwicklung der Regierungspolitik zuzuschreiben, bedeutet eine Umkehrung der tatsächlichen Verhältnisse.

2. „Government has established relatively high-powered intelligence and planning agencies with staff who have specialists' understanding of industry and industrial technology ...“ (Moore 1987, S. 6)

Diese „hochgradige Intelligenz“ erstellt unseres Erachtens nur Strategien auf dem „grünen Tisch“, die zwar auf dem Papier sehr gut aussehen, nach dem Erscheinen in der Presse aber in der Schublade verschwinden. Nicht einmal die verstaatlichten Unternehmen führen die Anweisungen aus, geschweige denn die privaten Betriebe, die ja über 70 % des BNP produzieren.

3. „Regular channels have been created for interaction between the private sector and state agencies over the formulation and detailed implementation of planning goals.“ (Moore 1987, S. 6)

In Taiwan besteht eine Zwangsmitgliedschaft zur jeweiligen Berufsvereinigung, so wie z.B. in Österreich bei den Kammern. Es besteht zwar ein guter Kontakt zwischen den Vertretern dieser Berufsvereinigungen und der Regierung – wie das ja auch in Österreich der Fall ist –, wir sehen aber nicht ein, warum darin eine besondere Möglichkeit der Einflußnahme der Regierung auf die privaten Unternehmen der Regierung auf die privaten Unternehmen begründet sein soll, die sich nach den Gewinnmöglichkeiten richten.

4. „Most importantly, state agencies have exercised real influence over the investment decisions of individual firms.“ (Moore 1987, S. 6)

Auch hier sehen wir nicht, wie es den Bürokraten möglich sein soll, die Entscheidungen der auf Gewinn ausgerichteten Privatunternehmen zu beeinflussen. Eine Subvention kann zwar ein Projekt etwas lukrativer machen, jedoch kaum ausschlaggebend sein für die Rentabilität einer Branche. Darüberhinaus darf man nicht vergessen, daß die Bürokraten sich an der Subventionsvergabe maximal bereichern wollen, sodaß sie nicht nach dem Prinzip der optimalen ökonomischen Allokation entscheiden würden, selbst wenn sie über ausreichende Informationen verfügten. Die taiwanesischen Unternehmer äußern immer wieder, sie würden gerne auf Subventionen verzichten, wenn dafür die bürokratische Belastung vermindert wird.

Ich muß immer wieder feststellen, daß sich ein westlicher Wissenschaftler aufgrund der vergleichsweise korrekten öffentlichen Verwaltung in den westlichen Ländern nur sehr schwer das Ausmaß der traditionsbedingten Korruption in Taiwan vorstellen kann, wobei dafür auch die Zensur der Presse in Taiwan verantwortlich gemacht werden muß.

LITERATUR

- Chen, J., Produktion, Konsum und Markt des Nahrungsmittels Reis in Taiwan: ökonometrische Untersuchung und Prognose, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 131, 1975, S. 439 ff.
- Chen, J., Ein makroökonomisches Modell für Taiwan, Sozialwissenschaftliche Studien zu internationalen Problemen, Heft 35, 1978.
- Chen, J. (unter Mitarbeit von Herbert Stocker), Taiwan — ein Modell für ökonomische Entwicklung?, in: Journal für Entwicklungspolitik, 2/1987.
- Lilley, S., Technischer Fortschritt und die Industrielle Revolution, in: Borchardt, K., Cipolla, C. M., Europäische Wirtschaftsgeschichte, Band 3, Gustav Fischer Verlag 1976.
- Moore, M., Miracles and Mysteries in the Economic Take-off of Taiwan and South Korea, in: Journal für Entwicklungspolitik, 2/1987.

Univ.Prof. Dr. John-ren Chen, Dr. Markus Wiedemann, Institut für Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, Universität Innsbruck, Innrain 52, A-6020 Innsbruck

Mick Moore PRIVATE VERSUS STATE CAPITALISM? A REPLY TO CHEN AND WIEDEMANN

1. Interests and Ideologies

I welcome the response from Professors Chen and Wiedemann to my brief article on the causes of rapid post-war economic growth in Taiwan and South Korea. We have a common focus on what is perhaps the key issue in economic policymaking in poor countries: how governments can stimulate private enterprise. It is important to examine the experiences of successful industrialising countries like Taiwan and South Korea for any light they might throw on this issue.

The differences which separate Chen and Wiedemann on the one hand, and myself on the other, seem relatively clear. These differences are also conveniently empirical: they can, at least in principle, be resolved by appeal to the facts. The terrain of debate is then the adequacy and reliability of the facts we have available. Unfortunately, we here run into a problem, and one which is more severe in relation to Taiwan than to South Korea. Both countries have an interest in creating and maintaining an image of devotion to the principles of free market capitalism. For both have depended heavily on the American market for export outlets, and both had (and have) privileged access to the market. These privileges have always been vulnerable to protectionist sentiment in the US Congress. Any hint of state support for their successful export drives could (and has) been used in Washington to argue 'unfair competition'. The governments of both Taiwan and South Korea have put considerable effort into maintaining their free market images (1). Their efforts have extended well beyond the American Congress, and have reached into the economics faculties of Western universities. Generous hospitality has been available to galaxies of Western economics professors of orthodox persuasion (2). Yet propaganda cannot prevail forever. One can now read in the newspapers of the increasingly rough ride being given Taiwanese exporters to America. Taiwan is of course vulnerable because of the diplomatic *rapprochement* between the USA and mainland China.

Paradoxically, in the academic arena it is the pretensions of South Korean governments to be devotees of the free market which have been most fully exposed. The key event seems to have been the publication in 1980 of work by Jones and Sakong (3). This detailed for the first time the extent to which the business strategies of large Korean 'private' companies were influenced by state agencies, notably through credit allocation. A flood of supporting and supplementary work has followed (4). Readers of the authoritative Far Eastern Economic Review will have noticed the extent to which this *dirigisme* provides the context for the Review's reporting on the South Korean economy.